

Format de citation

Deák, Ágnes: Rezension über: Stefan Malfèr (ed.), Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. III. Abteilung: Das Ministerium Buol-Schauenstein. 6: 3. März 1857–29. April 1858, Wien: ÖAW, 2014, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 123 (2015), 2, S. 466-468, DOI: 10.15463/rec.1189719183

MITTEILUNGEN
DES INSTITUTS FÜR
ÖSTERREICHISCHE
GESCHICHTSFORSCHUNG

copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Großherzog in einem signifikanterweise an die berühmte Randnotiz Friedrich des Großen von 1740 („alle Religionen Seindt gleich und guht wan nuhr die leüte so sie profesiren Erliche leüte seindt“) erinnernden Wortlaut. Die „Mehrzahl der Leute sind zu Deisten geworden“, und ganz allgemein zeichne sich Wien durch sein „großes libertines Leben“ aus (ebd.).

In einem in verschlüsselter Kuzschrift verfassten Anhang (*Cose particolari*), der bereits von Adam Wandruszka entziffert und veröffentlicht worden war (Pietro Leopoldo. Un grande riformatore [Florenz 1968] 476–480) und nun von Beales und Pasta neu abgedruckt wurde, machte Peter Leopold seinen Bruder explizit für diesen „Sittenzerfall“ mitverantwortlich. „Er zeigt sich kaum religiös und das hat ein schlechtes Beispiel gegeben und zur Libertinage animiert. [...] Der Korridor des Kontroll-Gangs [der Hofburg] ist immer voller Huren, die zu jeder Zeit auf den Kaiser warten; die ganze Welt sieht ihn und es ist öffentlich bekannt, mit welcher Vertrautheit diese mit ihm reden“ (S. 123). Diese und andere Passagen, in denen Peter Leopold seinen Bruder als selbstverliebt, permanent schlecht gelaunt, müde, gelangweilt, von heuchlerischen Schmeichlern umgeben und im Grund aber als sehr einsam beschreibt, bringen auf unmissverständliche Weise das zutiefst angespannte und von gegenseitigem Misstrauen geprägte Verhältnis zwischen den beiden Fürsten zum Ausdruck.

Die *Relazione sullo stato della monarchia* ist ein hochinteressantes Dokument, das Zugänge zu verschiedenen in der Geschichtswissenschaft verhandelten Themenfeldern eröffnet. Insbesondere erlaubt sie, wie Pasta in seinem Aufsatz festhält, die „negative side of the reforms, their frantic speed and Joseph II's authoritarian methods“ (S. XXXII) anhand des nahen und zugleich kritischen Blicks eines anderen um Reformen bemühten Fürsten zu betrachten und in ihren konkreten Spannungen nachzuvollziehen. Insofern stellt die Edition dieser Quelle eine verdienstvolle Leistung dar. Die Benutzung des Textes wird zum einen durch ein Namensregister und zum anderen durch das (bereits im Manuskript vorhandene) detaillierte Inhaltsverzeichnis erleichtert. Auf Fußnoten – in denen man einzelne Ereignisse, Orte und Institutionen hätte erklären und vor allem die in der *Relazione* erwähnten Personen hätte identifizieren können – haben die Herausgeber indes ganz verzichtet. Dieser Umstand erschwert den Zugang zum Text immer wieder. So ist der interessierte, aber nicht unbedingt auf die wienische Hofgesellschaft des ausgehenden 18. Jahrhunderts spezialisierte Leser bei der Lektüre immer wieder gezwungen, sich einzelne Informationen aus Nachschlagewerken oder über das Internet zu beschaffen. Diese eine kritische Note tut der unbestreitbaren Qualität dieser äußerst akkuraten und mit sehr gut ausgewählten Illustrationen versehenen Edition allerdings keinen Abbruch: Gerade auch wegen ihrer Zweisprachigkeit liefert diese eine wertvolle Grundlage für weitere Forschungsarbeiten.

Paris

Roberto Zaugg

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. III. Abteilung: Das Ministerium Buol-Schauenstein. Band 6: 3. März 1857–29. April 1858. Bearb. und eingeleitet von Stefan MALFÈR. ÖAW, Wien 2014. LXV, 426 S., ISBN 978-3-7001-7242-0.

Nach ungefähr vierzig Jahren findet die umfangreiche Serie „Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867“ ihren Abschluss. Der im Jahre 2014 veröffentlichte Band, der ein Jahr aus der Konsolidationsperiode des Neoabsolutismus vom März 1857 bis April 1858 beinhaltet, wurde als vorletzter Band herausgegeben. Diese Serie macht einzigartige und außerordentlich wichtige Quellen zugänglich, denn die Protokolle der Ministerkonferenz gewähren sowohl den Historikern als auch den an der Geschichte der Habsburgermonarchie interessierten Lesern tiefe Einblicke in die Konzepte und Ansichten der das Reich regierenden politischen Elite und des Monarchen selbst zu vorrangigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sogar moralischen, vor allem aber politischen Problemen.

Obwohl die Bände der Serie insgesamt von sieben verschiedenen Herausgebern bearbeitet wurden, ist es gelungen, einheitliche Redaktionsprinzipien und -praxis auf hohem Niveau und in zuverlässiger Ausführung anzuwenden, was in den letzten Jahren neben den Mitarbeitern vor allem dem die Aufgaben der Redaktion koordinierenden Stefan Malfer zu verdanken ist. Als wichtigste Stärken der Serie seien die philologische Präzision, die genaue Textedition, vervollständigt durch kurze, aber informative Anmerkungen, genannt. Letztere weisen sowohl auf die Vorgeschichte als auch auf die Folgen und auf weitere archivalische Quellen hin, um zukünftige Forschungen zu erleichtern. Auch die Herausgabe verschiedener früher im Druck nicht veröffentlichter Texte als Beilagen soll noch unbedingt erwähnt werden. Die genauen Namen- und Sachregister, die Listen der Abkürzungen, die Verzeichnisse veralteter Ausdrücke und der Teilnehmer an der Ministerkonferenz, die chronologischen Verzeichnisse der Protokolle und die Beilagen leisten große Hilfe bei der Orientierung in den Dokumenten. In den kurzen und bündigen Einleitungen knüpfen die Herausgeber(innen) die in den Protokolltexten enthaltenen Einzelinformationen zu narrativen Ketten zusammen: Sie bestimmen und stellen die wichtigsten politischen Angelegenheiten der behandelten Periode dar, zeigen die im Hintergrund stehenden Faktoren auf, weisen auf nicht evidente Zusammenhänge hin und informieren uns über die personalen und politischen Kontakte der in den Dokumenten erwähnten Persönlichkeiten, über ihre Bündnisse, Konflikte, sogar Streitigkeiten. Sie beleben die im allgemeinen ziemlich deskriptive und im trockenen offiziellen Stil formulierte Fülle von Informationen. Damit bieten sie ein Modell an, wie diese Angaben zu einem geschichtswissenschaftlichen Narrativ zusammengefügt werden können. Andere Historiker können diesem Modell folgen, es umgestalten oder auch unterschiedliche Erzählungen formulieren. Die den Einleitungen beigegebenen Bibliographien geben einen Überblick über die deutschsprachigen Quellen und die Fachliteratur.

Der jüngst veröffentlichte, von Stefan Malfer selbst bearbeitete vorletzte Band entspricht den Anforderungen der Serie in jeder Hinsicht. Drei ergänzende Dokumente werden veröffentlicht: der Entwurf des Außenministers Carl Ferdinand Graf Buol-Schauenstein über die „Grundzüge zur Überwachung und Leitung der inländischen Journalpresse“, der Entwurf eines Allerhöchsten Handschreibens an den Minister des Innern bezüglich der Stadterweiterung von Wien, formuliert vom Innenminister Alexander Bach selbst, und die Endfassung desselben Textes. In der Einleitung beschränkt Malfer seine Zusammenfassung nicht auf den zeitlichen Rahmen seines Bandes, sondern erstreckt seine Erörterungen einerseits auf die Anfangsjahre des Neoabsolutismus, andererseits auf die erste Periode des Dualismus. Diese weite Perspektive soll zukünftige historische Darstellungen zur Geschichte der Habsburgermonarchie in den 1850er und 1860er Jahren anregen.

Die Jahre 1857 und 1858 scheinen im Vergleich zu den vorherigen und folgenden Jahren nicht besonders ereignisreich zu sein. Die Regierung hatte die ambitionierte und als „definitiv“ betrachtete Umgestaltung der ganzen Staatsverwaltung und Rechtspflege unter der Ägide von Reichseinheit und Zentralisation beendet, jetzt wurden Detailregulierungen (Wuchergesetz, Gesetz über die Ergänzung des Heeres, Verordnung wegen des Religionsübertritts, Gesetz über den Schutz der Muster und Modelle etc.) und Korrekturen (Abhilfe für die Überbürdung der Bezirksämter mit Geschäften, Strafprozessänderungen, Missstände der periodischen Presse) auf die Tagesordnung gesetzt. Bestimmte frühere kaiserliche Verordnungen, zum Beispiel bezüglich der Währungsreform, sollten noch vorbereitet und in Kraft gesetzt werden. Im Juli 1857 beschloss Franz Joseph I. die Erweiterung der inneren Stadt Wien, was bis heute das Erscheinungsbild der Residenzstadt bestimmt. Das Konkordat von 1855 machte mehrere neue Verordnungen notwendig. Die erste moderne Wirtschaftskrise von 1857 stellte eine unerwartete, scharfe politische Herausforderung an die Regierung dar, aber Finanzminister Karl Ludwig Freiherr von Bruck konnte vor allem durch Sistierung der Erteilung neuer Eisenbahnkonzessionen und Erleichterungen für mehrere Eisenbahngesellschaften die Krise unter Kon-

trolle halten. Ungarn spielte infolge der Reise des Kaiserpaares im Land eine wichtige Rolle in den Diskussionen der Ministerkonferenz. Der Monarch hatte festgelegt, er hätte nicht die Absicht, auch nur ein Haar breit von den Prinzipien von Reichseinheit abzuweichen, aber er wollte durch „Erleichterungen und Begünstigungen“ (Erleichterungen in der Besteuerung, Vermögenskonfiskationsnachsicht, Rückkehrbewilligung für politische Flüchtlinge) in Ungarn ein günstigeres Bild von der Reichsregierung entstehen lassen. Die Vorschläge des Ministers für Kultus und Unterricht, Leo Leopold Graf von Thun und Hohenstein, bezüglich der Koordinierung der kirchlichen Verhältnisse der Protestanten in Ungarn durch kaiserliches Patent ohne Mitwirkung der protestantischen Kirchen hätten dagegen die minimalen Vorteile dieser Erleichterungen mit einem Schlag ruinieren können.

Die Protokolle führen die alltägliche Regierungsroutine des „rein monarchischen Prinzips“, das heißt des Neoabsolutismus, vor: den schon 1851/1852 eingetretenen Bedeutungsverlust der Ministerkonferenz (und die Bestrebungen der Minister dagegen), die Machtdemonstrationen des Monarchen, die aus den vorangehenden Jahren schon wohl bekannten Meinungsdivergenzen zwischen verschiedenen Ministern (Militär kontra Zivilisten, von ständischen und katholischen Ideen geprägter Konservatismus kontra josephinisch gesinnter, moderner Reformkonservatismus, die Kompetenzkonflikte zwischen der Obersten Polizeibehörde und dem Innenministerium, die ständigen Bestrebungen des Finanzministers, die Staatshaushaltsausgaben unter Kontrolle zu stellen, und seine erneuerten Versuche, die Prinzipien der liberalen Wirtschaftspolitik durchzusetzen).

Ein Jahr später sollte die Regierung des Neoabsolutismus erschüttert werden und in die Krise geraten – das vermuteten jedoch die Protagonisten der Reichsregierung offenbar noch nicht. Sie bereiteten sich auf die Fortsetzung der Neugestaltung der Monarchie vor, im Glauben, dass die Regierungsmaximen schon festgelegt worden wären und nur Modifikationen und Korrekturen durchzuführen sein würden.

Szege

Ágnes Deák

Die Regesten der Bischöfe von Passau IV: 1283–1319, ed. Egon BOSHOFF–Thomas FRENZ. (Regesten zur bayerischen Geschichte 4.) Beck, München 2013. XXIX, 330 S. ISBN 978-3-406-64782-6.

Der hoch willkommene vierte Band des Passauer Quellenwerks bietet rund 1.000 Regesten aus dreißig Jahren, wenn man die Sedisvakanz von 1313–1320 mit ihren wenigen Nummern für drei wirkungslos gebliebene Kandidaten nicht mitrechnet. Abgesehen vom kurzen Pontifikat Gottfrieds (1283–1285) mit immerhin fast 100 Nummern steht der Band ganz im Zeichen des langlebigen Wernhard von Prambach (1285–1313). Die Zahl der Regesten wird durch die konsequente Verzeichnung erschlossener Vorurkunden oder durch den Bischof gesetzter Rechtsakte, über die keine eigene Urkunde bekannt ist, vermehrt. So generiert der Papstbrief Nr. 3819, der Wernhard gestattet, die wegen ausständiger Zahlungen exkommunizierten Kleriker seiner Diözese zu absolvieren, drei weitere Regesten: die päpstliche Forderung, den Befehl des Bischofs an den Klerus und schließlich seine Supplik um Genehmigung der Absolution (Nr. 3816–3818). Umgekehrt führte Wernhards Mahnung an Königin Elisabeth, zur Kompensation der notwendigen Feiertagsarbeit in der Hallstätter Saline mit dem Salz Seelgeräte für Albrecht I. zu stiften, zu 16 Urkunden der einsichtigen Witwe, in denen sie sich auf ihn berief (Nr. 3841–3856; 3863 mit unnötiger Umdatierung). Öfter dokumentieren die in Passau erhaltenen Reverse von Adeligen voran gegangene bischöfliche Handlungen. Das Schema der Regesten mit wörtlichen Zitaten, Überlieferungs- und Literaturangaben und einem manchmal umfangreichen, Probleme diskutierenden oder Informationen aus hier nicht zu registrierenden Quellen besteuernden Kommentar ist gleich geblieben, aber jetzt „erscheint“ der Bischof korrekt „als Zeuge“ bzw. „ist anwesend“, wenn er keine eigene Rechts-